



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2022/04122**
Datum: 18.05.2022
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Dr. Bodo Meerheim
Plandatum: 19.05.2022

Beratungsfolge	Termin	Status
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	19.05.2022	öffentlich Vorberatung
Jugendhilfeausschuss	02.06.2022	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung	09.06.2022	öffentlich Vorberatung
Hauptausschuss	15.06.2022	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	22.06.2022	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER und der CDU-Fraktion zur Erstellung eines Sicherheitskonzepts für die Stadt Halle (VII/2022/03916)

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

Die Stadt erarbeitet ein präventives Ordnungs- und Sicherheitskonzept, das das Problem zunehmender Gewaltbereitschaft in Halle in den Fokus stellt. Das Konzept folgt dem Ansatz, dass die Ursachen hierfür komplex sind und sich nicht eindimensional erklären lassen. Besonders die Gewalt unter Jugendlichen verstärkte sich in der letzten Zeit. Auch Fälle von häuslicher Gewalt nahmen zu. Seit Jahren ist Halle zudem einer der Schwerpunkte rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Sachsen-Anhalt.

Die Prävention und deren zielgerichtete Koordinierung durch aktive Netzwerkarbeit müssen einen festen Platz in der Sicherheits- und Ordnungspolitik der Stadt erhalten. Es muss darum gehen, berechnigte Ordnungs- und Sicherheitsinteressen von Einwohner*innen und die Suche - meist junger Menschen - nach Freiräumen möglichst ohne Repression miteinander in Einklang zu bringen, um diesem komplexen Thema tatsächlich gerecht zu werden.

In dem Konzept sind die folgenden Punkte zu berücksichtigen:

1. Vernetzung verschiedener Strukturen durch ein aktives Wirken des Präventionsrates, die Wiederbelebung des Polizeibeirates, die Einbeziehung des Kinder- und Jugendrates sowie weiterer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen
2. zügige Umsetzung der Maßnahmen des Beleuchtungskonzeptes
3. frühzeitige Einbeziehung von Nutzer*innengruppen bei Planungen städtebaulicher Projekte
4. vielfältige Begegnungs-, Bewegungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten auf den städtischen Freiflächen für die unterschiedlichen Nutzer*innengruppen
5. Die sozialen Rahmenbedingungen müssen mit der öffentlichen Infrastruktur in der Stadt verbessert werden, insbesondere im Hinblick auf Schulsozialarbeiter*innen und Streetworker*innen vor Ort.

Gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion

Begründung:

Prävention ist das beste Ordnungs- und Sicherheitskonzept. Zu einer freiheitlichen Gesellschaft gehört es, dass Menschen gegenseitig Rücksicht nehmen und bereit sind, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen.

Dass soziokulturelle Einrichtungen in den vergangenen Jahren aufgrund der Haushaltslage geschlossen wurden, war ein Irrweg, dessen Folgen jetzt sichtbar werden. Besonders Jugendlichen fehlen in ihrer Freizeit sichere Treffpunkte und Angebote. Seit Jahren lebt zudem jedes dritte Kind in unserer Stadt in Armut. Von den Jugendlichen sind es ein Viertel. Die Arbeitslosenquote lag im März 2022 mit 8,3 % höher als im Umland. Präkäre soziale Verhältnisse und insbesondere ungerechte Verteilungsstrukturen sind letztendlich ein Nährboden für Kriminalität.

Kriminalität präventiv zu bekämpfen, muss das erste Mittel der Wahl sein. Viele Konflikte können verhindert werden. Wo sie dennoch entstehen, können sie in vielen Fällen gewaltfrei und mit Respekt vor der Würde und der körperlichen Unversehrtheit des jeweils Anderen gelöst werden. Als Stadt müssen wir dafür vielfältige Rahmenbedingungen schaffen. Etwa auch indem Sicherheitsaspekte bereits zu Beginn eines jeden städtebaulichen Projektes zum Tragen kommen.